

## „Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl“ – wichtigste Ergebnisse auf einen Blick

Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat Österreich eine Vorreiterrolle hinsichtlich der Einbindung junger Menschen in die Politik eingenommen.

Im Vorfeld der Nationalratswahlen wurde immer wieder diskutiert, welche Auswirkungen diese Wahlaltersenkung haben würde, und ob die Jugendlichen denn überhaupt schon so weit seien, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

**SORA**, das **Institut für Strategieanalysen** und Dr. **Ulrike Kozeluh** haben gemeinsam eine Post-Election-Studie unter 16- bis 18-Jährigen durchgeführt, die einen tiefen Einblick in die politischen Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen der jungen Menschen in Österreich gibt. Dabei ging es nicht nur um das Wahlverhalten nach Parteien, sondern um Sichtweisen der jugendlichen ErstwählerInnen zu Politik, Demokratie und Wahlen.

### ***Das Interesse ist groß!***

Junge Menschen formulieren ein deutliches Interesse an Politik und politischer Beteiligung, drei Viertel verfolgen zumindest ein- bis zweimal pro Woche oder öfter politische Themen. Sie sind selbstkritisch genug, um ihr Wissen über Politik zu hinterfragen und den Wunsch nach mehr Information zu äußern. Die Jugendlichen unterscheiden sehr klar zwischen „Wahlkampfparolen“ und „Information“. Sie suchen Inhalte und keine Schlagworte.

Knapp zwei Drittel waren am Nationalratswahlkampf interessiert, etwa ebenso viele sind zufrieden mit dem politischen System „Demokratie“.. Diese Zufriedenheit mit dem politischen System spiegelt sich auch im Vertrauen in die politischen Institutionen dieser Republik wider. Hier sind es insbesondere die Sozialpartner, denen besonderes Vertrauen entgegengebracht wird. Große Unzufriedenheit gibt es aber mit der Performance der politischen AkteurInnen. Die Jungen haben wenig Vertrauen in „die Parteien“ und „die PolitikerInnen“: ihnen vertrauen nur rund 20 Prozent.

### ***Distanz, nicht Verdrossenheit!***

Viele Jugendliche fühlen sich von der Politik und den wahlwerbenden Parteien nicht wahrgenommen bzw. nicht ernst genommen. Knapp die Hälfte der 16- bis 18-Jährigen teilt die Meinung, dass sich PolitikerInnen nicht um die für sie wichtigen Dinge kümmern. Drei Viertel der Jugendlichen halten es für sehr wichtig, dass sich die Politik mehr mit dem Thema Ausbildung beschäftigt, dahinter folgen gleich

Jugendarbeitslosigkeit, Gleichberechtigung und Armut als ebenfalls sehr wichtige Bereiche.

Das glaubwürdige Auftreten von PolitikerInnen im direkten Lebensumfeld der Jugendlichen kann helfen, die bestehende Distanz zu überbrücken.

### ***Politische Entscheidungsfindung***

Auch wenn die Wahlbeteiligung aus Umfragen nur schwer abgeleitet werden kann, gibt die Studie Hinweise darauf, dass die Wahlbeteiligung bei 16- bis 18-Jährigen ähnlich hoch gewesen sein dürfte wie in der Gesamtbevölkerung. „Wählen gehen“ wird als Recht, nicht als Pflicht verstanden. Kritische Ansichten gibt es bezüglich des inhaltlichen Angebotes, nicht aber bezüglich des Stellenwertes der Wahl an sich.

Die als „Rechtsruck“ bezeichnete Entwicklung in der Gruppe der Jung- und ErstwählerInnen kann mit der vorliegenden Studie nicht bestätigt werden. Rund die Hälfte der Jugendlichen ordnet sich selbst der politischen Mitte zu, rechts und links halten sich die Waage. Stärkste Partei bei den JungwählerInnen war bei der Nationalratswahl 2008 die ÖVP, die ihre Stärke im ländlichen Bereich hat. FPÖ und Grüne erreichten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittliche Werte, die SPÖ insgesamt unterdurchschnittliche, die FPÖ zeigt relative Stärke bei jungen Erwerbstätigen.

### ***Europa***

Junge Menschen haben ein positiveres Bild von der Europäischen Union als die Gesamtbevölkerung; Frieden und Sicherheit, sowie Reisefreiheit und Mobilität werden als Vorteile wahrgenommen. Insgesamt wird Österreich aber nur eine geringe Rolle in Europa zugewiesen. Durch eine wahrgenommene „Hilflosigkeit“ bezüglich der Beschlüsse der Europäischen Union sieht über ein Drittel der Jugendlichen die kulturelle Identität Österreichs durch die EU bedroht.

Die anstehenden Europawahlen sind den Jugendlichen im Bewusstsein und sie wissen, dass sie im Juni das Europaparlament wählen dürfen. Insgesamt fühlen sich die jungen Menschen aber zu wenig über die Europäische Union informiert und wollen mehr über sie wissen.

### ***Politik lernen und erleben – in der Schule und außerhalb***

Neben den Gesprächen in der Familie kommt der Schule eine wichtige Rolle in der politischen Wissensvermittlung zu. Für SchülerInnen ist die Schule ein wichtiger Ankerpunkt in der individuellen Auseinandersetzung mit Politik, sowie mit politischen

Inhalten und Konzepten. Darüber hinaus wünschen sich die Jugendlichen, dass sie in der Schule mehr über die Parteien und deren Programme aufgeklärt werden. Sie weisen diese Kompetenz der Schule zu, weil sie die Schule als den Ort der Vermittlung von objektiven Informationen wahrnehmen. Diskussionen in der Schule sind statistisch relevant für die Teilnahme an einer Wahl.

## Daten zur Untersuchung

Mitwirkende Institute:

SORA - Institute for Social Research and Analysis (Projektleitung, Befragung)

[www.sora.at](http://www.sora.at)

Institut für Strategieanalysen (ISA) (Fokusgruppen) [www.strategieanalysen.at](http://www.strategieanalysen.at)

Dr.<sup>in</sup> Ulrike Kozeluh, freischaffende Politologin (Tiefeninterviews)

Wissenschaftliche Leitung:

**Steve Schwarzer**, Magister Artium, [sts@sora.at](mailto:sts@sora.at), 0650 501 40 76

AutorInnen:

Dr.<sup>in</sup> Ulrike Kozeluh, [ulrike@kozeluh.at](mailto:ulrike@kozeluh.at), 0676 59 35 575

Dr. Flooh Perlot, [flooh.perlot@strategieanalysen.at](mailto:flooh.perlot@strategieanalysen.at), 0664 815 35 51

Mag.<sup>a</sup> Martina Zandonella, [mz@sora.at](mailto:mz@sora.at), 01 585 33 44 / 44

Mag.<sup>a</sup> Eva Zeglovits, [ez@sora.at](mailto:ez@sora.at), 0664 502 3775

Erhebungsgebiet:

Österreich

Grundgesamtheit:

zur Nationalratswahl 2008 wahlberechtigte 16- bis 18-Jährige

Stichprobenumfang:

Umfrage, n=1.000, IFES

Fokusgruppen, n= 19, OGM

Tiefeninterviews, n=15

Befragungszeitraum:

November, Dezember 2008, Jänner 2009

Unser Dank gilt den FördergeberInnen, die durch ihre finanzielle Unterstützung diese Studie ermöglichen haben:

**Bundeskanzleramt**

**BM:UKK**

**Parlament**

**Gemeinde Wien**

**Land Kärnten**